

Was Sie schon immer über Ungleichheit wissen wollten : aber nie zu fragen wagten

Autor(en): **Wiederstein, Michael / Rühli, Lukas / Milanovi, Branko**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **99 (2019)**

Heft 1066

PDF erstellt am: **16.05.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-868662>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Was Sie schon immer über Ungleichheit wissen wollten... ...aber nie zu fragen wagten

von Michael Wiederstein und Lukas Rühli,
im Gespräch mit Branko Milanović

Als Branko Milanović, der weltweit führende Forscher zum Thema Einkommensungleichheit, durch die Halle des Zürcher Flughafens langsam winkend auf uns zuschlendert, ist der jüngste Oxfam-Bericht keine 24 Stunden öffentlich – alle relevanten Medien haben ihn aber schon zitiert. Die Hilfsorganisation ist recht gut darin, jeden Januar, kurz bevor das WEF in Davos eröffnet wird, mit markigen Worten auf die wachsende Vermögensungleichheit in der Welt hinzuweisen. Die Ergebnisse der neusten Studie fassen die Verantwortlichen in diesem Jahr so zusammen: «Während die Superreichen ihr Vermögen in Lichtgeschwindigkeit vermehren, geht es für die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung wirtschaftlich bergab.»¹

Diese Botschaft, jedes Jahr ähnlich und auch ähnlich eingängig verpackt, ist längst zum Common Sense aller Ungleichheitsdebatten beim Feierabendbier mit Fair-Trade-Erdnüssen geworden – und damit zur kollektiv nachgebeteten Werbebotschaft einer Organisation, die ihr Jahresbudget von 1,1 Mrd. Dollar zu fast 40 Prozent aus öffentlichen Geldern bestreitet.

Die Sache mit der Ungleichheit

Was Oxfam in seinen Berichten darreicht, ist nicht nur sehr populär, sondern auch höchst selektiv, mitunter nicht einmal die halbe Wahrheit zum Stand der Forschung: Über das Zustandekommen der Vermögen wird kein Wort verloren, die sich rasant wandelnde Einkommensverteilung – hin zu mehr Gleichheit – spielt keinerlei Rolle, die damit einhergehenden Kaufkraftveränderungen nicht, der technische Fortschritt nicht. Zu allem Überfluss werden die Themenkomplexe «Ungleichheit» und «soziale Gerechtigkeit» miteinander vermengt – dabei lässt sich vom einen per se nicht auf das andere schliessen: Geringe Ungleichheit ist weder eine notwendige noch eine hinreichende Bedingung für soziale Gerechtigkeit. Erstere ist eine Frage rein statistischer Natur, letztere hat vielfältige philosophische und politische Implikationen.

Einer, der das Vorgehen Oxfams aus wissenschaftlicher Sicht kritisiert, ist Branko Milanović, der sich nun zu uns setzt: «Diese Zahlen sind gut für die PR von Oxfam, aber sie machen keinen Sinn», meint der serbisch-US-amerikanische Ökonom. Die Ver-

knüpfung der globalen Vermögensanalysen der Credit Suisse mit den Armutszahlen der Weltbank bringe zuverlässig aufsehenerregende Resultate – unvergessen etwa die Rede von den acht reichsten Menschen der Welt im Jahr 2016, die so viel privates Nettovermögen wie die ärmere Hälfte der gesamten Menschheit besitzen sollten – sie bilde aber die zugrunde liegenden Entwicklungen unzureichend ab und stelle die Umstände tendenziös dar.

Der Oxfam-Vermögensverteilungs-Irrweg

Die acht reichsten Menschen besaßen 2016 so viel wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung? Das klingt für jeden Menschen bei gesundem Verstand intuitiv skandalös. Zwei Einwände, ein kleiner und ein grosser, relativieren die Zahl aber schnell:

Der kleine: Schon 2017 korrigierte Oxfam die Zahl auf 42 und rückwirkend für 2016 auf 54. In der ersten Berechnung war unter anderem die Verschuldung von Studenten an amerikanischen Elitehochschulen in die Kalkulation eingeflossen, was mit Armut doch eher wenig zu tun hat. Diese Korrektur zeigt: Wahrscheinlich weist die Berechnung nicht nur diese aufgrund vergleichsweise klarer Datenlage noch vergleichsweise leicht vermeidbare, sondern noch weitere (methodische) Schwierigkeiten auf. Aber ganz ehrlich: 42 gegen 3 700 000 000? Das ist doch immer noch völlig grotesk?

Nein, eigentlich nicht. Zumindest nicht a priori. Denn hier der zweite Einwand: Sowohl in den Industrieländern wie auch – und vor allem – in Schwellen- und Entwicklungsländern haben viele Menschen grundsätzlich kein steuerbares Vermögen. Das heisst nicht, dass sie am Hungertuch nagen, sondern dass sie ihr Einkommen laufend konsumieren. Gehen wir davon aus, die Hälfte der Weltbewohner habe – über die obligatorischen Abgaben für die Altersvorsorge, die in diesen Vermögensstatistiken nicht auftauchen, hinaus – kein Vermögen angespart, dann lautet die Rechnung für diese ärmere Hälfte: $3,7 \text{ (Mrd. Menschen)} \times 0 \text{ (Dollar)} = 0$. Sie haben also in Summe kein steuerbares Vermögen. Für die reichsten Menschen ist es dann ziemlich einfach, diese 0 zu übertreffen. Daraus folgt: Der Vergleich der grössten Vermögen mit der ärmeren Hälfte ist ohne jegliche Aussagekraft. Denn: Wohlstand ist nicht vom Vermögen abhängig, sondern vom laufenden Konsum und der nährt sich vor allem aus den laufenden Einkommen. Und dazu forscht Branko Milanović.

Herr Milanović, was kann uns Ihre Forschung über die Ungleichheit in der Welt sagen?

Zuallererst: Es gibt viele unterschiedliche Ungleichheiten, über die sich zu reden und zu forschen lohnt: solche anhand von Geschlecht oder sozialer Klasse, solche zwischen einzelnen Ländern oder Menschen, die in unterschiedlichen Ländern leben – und besonders die Vermögensungleichheit, die Oxfam anschaut und von der Einkommensungleichheit zu trennen ist, ist dann noch mal ein Thema für sich. Ich forsche seit fast 30 Jahren im Bereich der Ungleichheit der Einkommen, und zwar zwischen Einzelpersonen – das heisst: Ich untersuche die Einkommensungleichheit

aller Menschen weltweit. Und diese Einkommensungleichheit nimmt ab, nicht zu.

Der Befund ist sehr interessant, wir kommen gleich noch ausführlich dazu. Aber: Um feststellen zu können, wie sich die Einkommensungleichheit entwickelt, müssten Sie streng genommen über die Einkommensdaten von 7,4 Milliarden Personen über lange Zeiträume verfügen – tun Sie das?

Nein. Aber ich erhalte für jedes zweite oder dritte Jahr die Einkommensdaten für die meisten Länder der Welt, es sind etwa 140. Meine Untersuchungen beziehen sich dann auf Intervalle von fünf oder – in letzter Zeit – zwei Jahren: Ich stelle die Resultate der Haushaltsumfragen dieser 140 Länder zusammen, berechne anhand der Preisniveaus in den Ländern die Kaufkraft der Einkommen, um sie international vergleichbar zu machen, und errechne daraus eine globale Einkommensverteilung.

Messen Sie das Einkommen vor oder nach Umverteilung über Steuern und Sozialleistungen?

Ich messe die verfügbaren Einkommen, denn hierfür sind die Daten über Haushaltsumfragen durchgehend verfügbar. Von den Markteinkommen des gesamten Haushalts werden also die obligatorischen Transferausgaben – dazu gehören Sozialversicherungsbeiträge, Steuern, Prämien für die Krankenkassen usw. – abgezogen, die gesetzlichen Renten und Sozialtransfers addiert, und das Resultat wird per Äquivalenzskala auf die Haushaltsmitglieder heruntergerechnet. Der Vergleich dieser Einkommen nach Umverteilung ist aufschlussreicher. Natürlich könnte man noch weitere Faktoren berücksichtigen, etwa indirekte Steuern wie die Mehrwertsteuer oder auf der anderen Seite, was die Menschen durch das jeweilige Gesundheits- und Bildungssystem «kostenlos» erhalten. Für einzelne Länder wird das auch getan, aber die Fülle von Daten, die man global dafür benötigt, ist enorm, und irgendwann würden die Vergleiche dann zu komplex.

Die gute Nachricht Ihrer Forschung: Die globale Ungleichheit der Einkommen nimmt nicht zu, sondern ab. Oxfam hat gestern einmal mehr die Ungleichheit der Vermögen kritisiert und dabei mit keinem Wort darauf hingewiesen, dass sich auch diese mittelfristig ändern wird – und zwar massgeblich, weil grosse Teile der Weltbevölkerung endlich überhaupt oder sogar deutlich mehr Geld als noch vor dreissig Jahren verdienen.

Sie sind mit Ihrer Verwirrung nicht allein, denn hier wird viel durcheinandergeworfen: Heute ist oft generalisierend von «zunehmender globaler Ungleichheit» die Rede, obwohl sie eigentlich in vielen Bereichen stark abnimmt. Bis in die 1980er Jahre hinein konnte man dazu nur mutmassen, weil niemand die entsprechenden Zahlen zur Verfügung hatte: China führte erst 1984 die erste moderne Erhebung durch, viele Länder in Afrika bis etwa 1985 gar keine. Seither aber haben wir tatsächlich sehr gute

Gründe anzunehmen, dass die globale Ungleichheit stark zurückgegangen ist.

Woran liegt nun das?

Ganz einfach: Länder, die sehr arm waren, wie zum Beispiel China, Indien, Indonesien und Vietnam – allesamt sehr bevölkerungsreiche Länder –, sind in der weltweiten Einkommensverteilung aufgestiegen. Sie stellen heute den globalen Mittelbau und fangen an, auch die höheren Einkommensklassen «aufzufüllen». Die Einkommen stiegen in diesen Ländern insgesamt auch deutlich schneller als diejenigen der westlichen Länder.

Sehr eindrücklich ist der Aufstieg von China: Hat es jemals eine vergleichbare Einkommensentwicklung gegeben?

Das ist eine einfache Frage, denn was Chinas Entwicklung betrifft, kann man fast immer sagen: Nein, so etwas hat es noch nie gegeben. Ja, die Geschwindigkeit dieser Veränderung ist enorm und wenn Sie die Geschwindigkeit mit der Anzahl der Menschen multiplizieren, ist sie sogar absolut unglaublich. Und das Aussergewöhnlichste: Chinas Wachstum hält seit 40 Jahren an. Die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate betrug gut 7 Prozent – und dabei ist die Bevölkerung stark gewachsen, von mehr als einer Milliarde auf mittlerweile fast 1,4 Milliarden Menschen. Wenn China 1978 also bei 1 angefangen hat, gab es bis 1988 eine Verdoppelung, und bis 1998 noch einmal. 2008 war das Verhältnis bereits bei 8:1 und 2018 bei 16:1. Diese Zahlen sind absolut fantastisch!

Wie repräsentativ ist nun diese Entwicklung für die ganze Welt?

Die Entwicklung in China ist rasant und schwingt obenaus, aber in der Tendenz sehen wir in vielen asiatischen und auch in einigen anderen Schwellenländern dieselbe positive Entwicklung: Dank grossem Wirtschaftswachstum haben sich an vielen Orten Mittelschichten entwickelt, die sich nun weltweit zu einer globalen Mittelschicht «auftürmen» (vgl. Box 2, rechte Seite).

Und die alten Industrieländer – was passierte und passiert hier?

Die oberen Einkommensdezile – die weltweit zu den obersten Einkommensprozenten gehören – haben ebenfalls stark zugelegt. Darunter, vor allem in der unteren Mittelklasse – die in der globalen Einkommensverteilung etwa im 80. Perzentil stand –, war das Wachstum sehr gering.

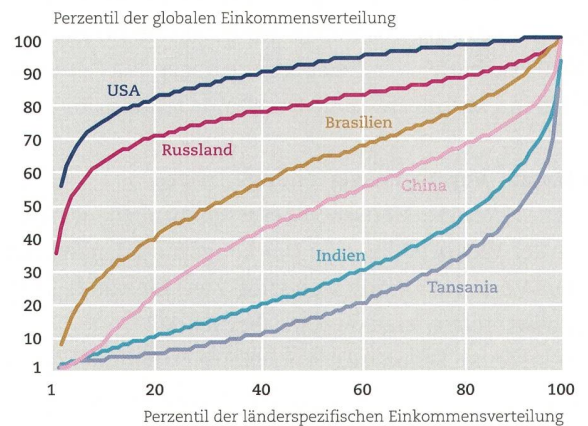
Sie sprechen die sogenannte Elefantengrafik (vgl. Box 3, rechte Seite) an, mit der Sie 2016 für Furore² sorgten. Sie zeigt das reale Einkommenswachstum der globalen Perzentile in den 20 Jahren von 1988 bis 2008. 2008 ist schon wieder elf Jahre her.

Was hat sich seither verändert?

Das obere Ende des Rüssels ist bis 2013 wegen der Finanzkrise etwas abgesunken. Man darf sich das aber nicht falsch vorstellen: Das oberste weltweite Prozent setzt sich mehrheitlich aus wohl-

➤ weiter auf Seite 12

1. Länderspezifische vs. globale Einkommensverteilung



Mit einer klugen grafischen Darstellung ermöglicht Milanović eine Verortung der länderspezifischen in der globalen Einkommensverteilung: Er teilt die Bevölkerung eines Landes aufsteigend nach ihren Einkommen in 100 Klassen (Perzentile) ein. Für jedes Perzentil ermittelt er dann, welchem der 100 Perzentile der globalen Einkommensverteilung es angehört.

So zeigt sich z.B.: Die obersten 7 Einkommensprozent der USA gehören allesamt dem reichsten Prozent weltweit an, und wer sich in den Staaten in der Mitte der Einkommensverteilung befindet, gehört weltweit immerhin dem 92. Einkommensprozent an. China hat einen drastischen Aufstieg hinter sich: Während vor zehn Jahren kaum eine Überlappung zwischen den Einkommensverteilungen der USA und China existierte – d.h. das reichste chinesische Prozent hatte kaum mehr als das ärmste amerikanische –, so übertraf im Jahr 2013 die Kaufkraft bei mehr als einem Drittel der Chinesen jene der ärmsten US-Amerikaner.

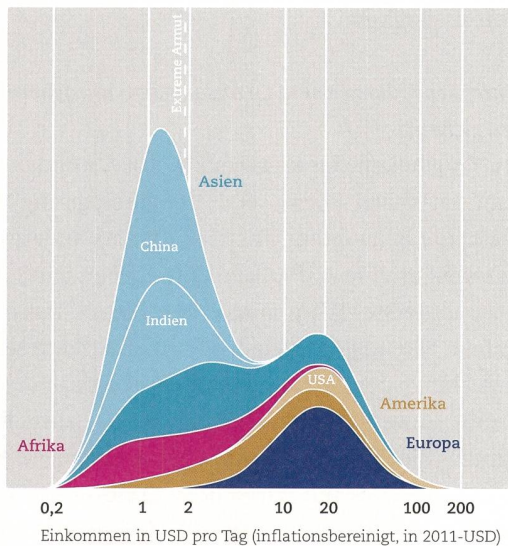
Für die Schweiz existieren leider noch keine Angaben zu 2013. Im Jahr 2005 war die Kurve im oberen Einkommensbereich jedoch praktisch deckungsgleich mit der US-amerikanischen, im unteren lag sie deutlich darüber, denn die tiefen verfügbaren Einkommen in der Schweiz sind deutlich höher als die tiefen in den USA – einerseits wegen deutlich höherer Marktlöhne im Niedriglohnbereich, andererseits wegen der stärker ausgebauten Sozialwerke. Es gibt wenig Grund anzunehmen, dass sich daran in den letzten Jahren signifikante Änderungen ergeben haben.

2. Von der zwei- zur einhöckrigen Einkommensverteilung

1988 war die weltweite Einkommensverteilung noch «bimodal», sie hatte also zwei Buckel: einen grossen, der sich aus den Einkommen in den Entwicklungs- und Schwellenländern aufbaut, wo ein Grossteil der Bevölkerung unterhalb der Schwelle der absoluten Armut lebt, und einen kleinen, bestehend aus den Einkommen in den Industrieländern. Das starke Wirtschaftswachstum in ersterem hat in den letzten 30 Jahren zu einem «Zusammenwachsen» der Berge geführt. Das heisst: Heute kann man von einer Art «globaler Mittelschicht» sprechen – und unterhalb der absoluten Armutsgrenze lebt, anders als Ende der 1980er Jahre (ca. 40 Prozent), nur noch ein kleiner Teil der Weltbevölkerung (weniger als 10 Prozent).

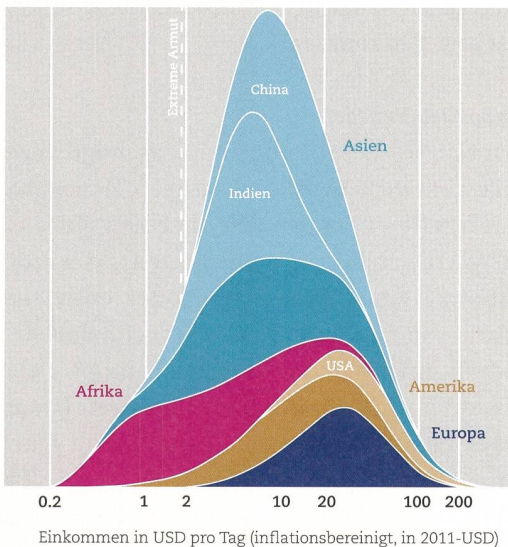
1988

Dichteverteilung: Anzahl Menschen mit diesem Einkommen



2018

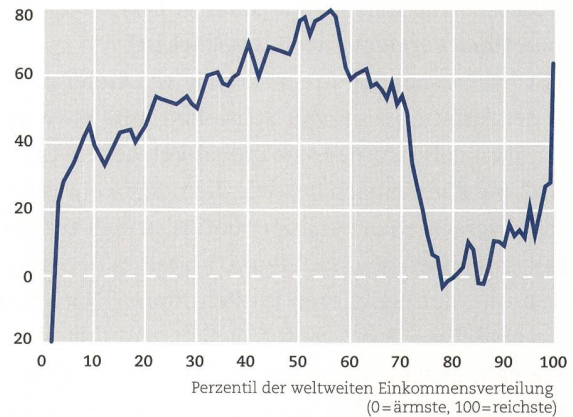
Dichteverteilung: Anzahl Menschen mit diesem Einkommen



Quelle: www.gapminder.org/tools

3. Die Elefantenkurve

Mit seinem Co-Autor Christoph Lakner publizierte Milanović 2015 ein Paper zur Entwicklung der globalen Einkommensverteilung zwischen 1988 und 2008.³ Eine Kurve erlangte schnell als «Elephant Chart» Berühmtheit. Sie stellt das Wachstum des Haushaltseinkommens in diesem Zeitraum pro weltweites Einkommensperzentil dar. Es zeigt sich: Die ärmsten Perzentile (vorwiegend die ärmeren Haushalte in Subsahara-Afrika) treten auf der Stelle, nach einem Sprung steigt die Kurve langsam weiter an, was vor allem auf das enorme Wirtschaftswachstum weiter Teile Asiens zurückzuführen ist, dann sinkt sie etwas, bevor sie um das 80. Einkommensperzentil (die ärmeren Haushalte der Industrieländer) einen Einbruch auf 0 Prozent verzeichnet und sich für die obersten Perzentile dann wieder deutliche Zuwächse in der Kaufkraft zeigen. Das Ganze erinnert an die Dachlinie eines Elefanten, der seinen Rüssel hebt – darum der Name.



Quelle: Resolution Foundation basierend auf dem Lakner-Milanović-Weltpanel zur Einkommensverteilung. Aus: Adam Corlett: Examining an Elephant, 2016

Milanović bot damit – unbeabsichtigt – Globalisierungskritikern Rückenwind: Sie sahen die Stagnation um das 80. Einkommensprozent, wo gemeinhin die untere US-Mittelschicht verortet wird, als Bestätigung dafür, dass die Globalisierung weiten Bevölkerungsteilen der entwickelten Länder «schade», während von ihr nur die Schwellenländer und die ganz Reichen profitierten.

Die Interpretation der Kurve ist so einfach aber nicht. Es muss etwa betont werden, dass nicht Lebensläufe miteinander verglichen werden: 0 Prozent Wachstum für das 80. Perzentil bedeutet nicht, dass eine 1988 diesem Einkommensperzentil angehörige Person kein Reallohnwachstum erzielte, sondern es bedeutet: Die realen Einkommen jener Haushalte, die 2008 zum 80. Perzentil gehörten, sind nicht höher als die jener Haushalte, die 1988 zu jenem Perzentil gehörten. Dabei kann – und wird – es sich aber um ganz andere Haushalte handeln.⁴

habenden Mitgliedern der westlichen Bevölkerung zusammen, das sind eben nicht nur Millionäre oder Milliardäre. Der Elefant für 2013 würde dann auch nicht sehr anders aussehen, bloss die Rüsselspitze wäre nicht mehr ganz so hoch und die Rüsselmitte nicht mehr ganz so tief – letzteres vor allem, da China weiterwächst und die einkommensstärkeren Chinesen zunehmend in diese Regionen vorstossen.

Wie wird der Elefant in 30 Jahren aussehen?

Er wird verschwinden – und zwar sogar dann, wenn alles gleich bleibt: Nehmen wir an, China steige weiter auf, der Westen behalte sein eher schwaches Wachstum bei und die Armen hätten weiterhin ein Wachstum von etwa zwei Prozent im Jahr. Das würde die chinesische Bevölkerung weiter nach rechts schieben, die niedrigen Werte bei 80 bis 90 Prozent würden sich also deutlich erhöhen. Damit hätten wir nicht länger eine Elefantenform.

Halten wir fest: Die Einkommensungleichheit hat global betrachtet abgenommen. Und doch steigt sie innerhalb einzelner Länder an.

Können Sie uns anschaulich erklären, wie das möglich ist?

Die Ungleichheit hat tatsächlich innerhalb vieler Länder zugenommen. Doch der Aufstieg wichtiger Schwellen- und Entwicklungsländer hat dazu geführt, dass sie global betrachtet trotzdem kleiner wird. Sie können sich das wie die Etagen eines Hotels vorstellen: Die verschiedenen Länder befinden sich auf verschiedenen Einkommensetagen, mit den Ärmeren in den unteren Stockwerken und den Reichen im Penthouse. Natürlich kann auf jedem einzelnen Stockwerk für sich genommen die Ungleichheit steigen, gleichzeitig können sich aber die Etagen selbst einander annähern – und genau das ist es, was wir beobachten. Dieser Effekt ist ausreichend gross, um auszugleichen, dass die Einkommen der Menschen auf den einzelnen Etagen auseinandergehen.

Auch hier sticht China deutlich heraus: Innerhalb des Reichs der Mitte nimmt die Ungleichheit besonders stark zu.

Kann die Entwicklung zu politischen Unruhen führen?

Das ist eine ernst zu nehmende Möglichkeit. Ich glaube jedoch, eine wirkliche politische Gefahr für China stellt vor allem Korruption im Verbund mit Ungleichheit dar, weil erstere letztere verschärft und das dann als besonders unfair empfunden wird. Die Korruption, die es immer schon gab, wurde unter Hu Jintao besonders offensichtlich und hat nun das Zeug, die Legitimität der Herrschaft zu unterminieren. China hat ja keine Wahlen, deshalb beruht diese Legitimität auf drei Faktoren: hohes Wachstum, tolerierbare Ungleichheit und tolerierbare Verwaltungsungerechtigkeit. Wenn nun die Leute sehen, wie viel Korruption es tatsächlich gibt, sägt sich die Regierung den Ast ab, auf dem sie sitzt. Und: China wird nicht ewig so weiterwachsen wie bisher, weil es sich nun einer technologischen Grenze annähert. Wenn der Faktor «hohes Wachstum» damit wegfällt, kann die Regierung es sich

umso weniger leisten, die anderen zwei Faktoren, Ungleichheit und Korruption, aus dem Ruder laufen zu lassen. Das wird eine Herausforderung.

Nun haben wir viel über den Ist-Zustand gesprochen, aber wie kommt er eigentlich zustande? Konkret: Was verursacht die neue Einkommensungleichheit innerhalb einzelner Nationen und Volkswirtschaften?

Die grossen Treiber, darin dürften sich alle einig sein, sind Globalisierung, technologischer Wandel und politische Massnahmen. Uneins ist man sich hinsichtlich der relativen Wichtigkeit dieser drei Faktoren, und es ist sehr schwierig, empirisch oder wissenschaftlich zu ermitteln, wie gross ihr Einfluss ist, denn dazu muss man modellieren. Es gab zum Beispiel eine Arbeit, die auf diesem Wege einen hochsignifikanten Einfluss chinesischer Impulse auf US-Löhne aufzeigte – das ist plausibel und so etwas können Sie für zwei Länder machen, es ist aber unmöglich, so etwas für alle Länder der Welt zu machen.

Sie sagen, die Interdependenzen sind zu ausgeprägt, um generelle Rückschlüsse zu ziehen?

Ja. Es gibt Leute, die glauben, der wichtigste Motor der Einkommensungleichheit auf nationaler Ebene sei der technologische Wandel gewesen. Diese Leute behaupten: Uns bleibt nichts anderes übrig, als abzuwarten, weil es eine Aufholjagd derer geben wird, die den Wandel nicht an vorderster Front mitgestaltet haben. Dann gibt es Leute, die glauben, alle ungleichheitsfördernden Effekte seien auf politische Massnahmen der Vergangenheit – Steuersenkungen, weniger Regulierung, Gewerkschaftsvereinbarungen – zurückzuführen. Sie behaupten, die jüngeren Verteilungsunterschiede würden von Menschen verursacht und wir sollten diese Entwicklungen rückgängig machen, indem wir die zugrunde liegenden politischen Entscheide rückgängig machen. Der dritte Ansatz führt die Ungleichheit im wesentlichen auf die Globalisierung zurück, weil sie einen Rahmen geschaffen hat, in dem sich technologischer Wandel und Politik erst bewegen konnten...

Zu welcher Gruppe gehören Sie?

Ich persönlich glaube, dieser Rahmen hat es möglich gemacht, Technologien zu entwickeln, die auf billigere Arbeitskräfte im Ausland zurückgreifen konnten und die einen globalen Wirtschafts- und Wertewandel zur Folge hatten. So wurden Tausende von Applikationen für Smartphones entwickelt, wie Uber oder Airbnb, aber nicht nur, weil es technologisch machbar war, sondern weil Smartphones und Laptops gleichzeitig sehr billig geworden sind. Heute werden weltweit knapp 5 Milliarden Handys benutzt. Eine neue Applikation würde sich nicht bezahlt machen, wenn es nur 500 Millionen wären. Das meine ich damit, dass die Globalisierung den Rahmen geschaffen hat, in dem sich der politische und der technologische Wandel vollzogen haben.

Welche Rolle spielt der Umbau unserer Wirtschaftsstrukturen? Gibt es eklatante Unterschiede zwischen dienstleistungsorientierten und industriellen Volkswirtschaften, was die Einkommensungleichheit angeht?

Klar, die westlichen Volkswirtschaften waren noch in den 1960er und '70er Jahren im wesentlichen industriell geprägt. Mittlerweile finden bis 85 Prozent der Wertschöpfung im Dienstleistungsbereich statt, und das hat Auswirkungen auf die Lohnstruktur: Es macht die Wirtschaft beinahe unweigerlich «ungleicher», weil Dienstleistungen in sich eine sehr heterogene Kategorie sind. Sie umfasst hochqualifizierte Leute wie Softwareentwickler mit Einkommen in Millionenhöhe, aber auch Hausmeister, die im Niedriglohnsektor arbeiten. In einer Produktionsökonomie gibt es eine viel kleinere Streuung von Fähigkeiten und Löhnen, und man kann die Zunahme der Einkommensungleichheit bei uns im Westen teilweise genau dadurch erklären: Wir wurden von Industrie- zu Dienstleistungswirtschaften.

Das kann aber nicht alles erklären: Die Schweiz ist nicht weniger deindustrialisiert als die USA, und hinsichtlich Kaufkraft liegt das BIP pro Kopf in beiden Ländern etwa auf dem gleichen Niveau. Trotzdem beträgt der Stundenlohn für unqualifizierte Arbeitskräfte in den USA etwa 7 oder 8 Dollar, in der Schweiz beinahe das Dreifache. Wie ist das möglich?

Ich schätze, der Pool ungelernter Arbeitskräfte ist in den USA schlicht viel grösser als in den westeuropäischen Ländern, was zu mehr Wettbewerb und niedrigeren Löhnen führt. Amerika ist ein sehr reiches Land, doch der dortige Arbeits- und auch Bildungsmarkt hat bestimmte Eigenheiten: Es ist kein Zufall, dass in den USA sehr viele antisäkulare Menschen leben, die an Kreationismus oder an andere Dinge glauben, die wissenschaftlich wenig plausibel sind, und die auch sonst nicht gut ausgebildet sind. Die Spaltung zwischen den Hochqualifizierten und dem grossen Pool von Ungelernten ist viel grösser als in Europa, wo die Grund-, Sekundar- und Hochschulbildungssysteme tatsächlich die gesamte Bevölkerung erfassen.

Welche Rolle spielt die Geldpolitik? William White und andere namhafte Ökonomen behaupten, sie spiele eine zentrale Rolle für die Verteilungsungleichheit: Das Niedrigzinsumfeld ermöglicht es auch unproduktiven Unternehmen, sich über Wasser zu halten, da sie für die Finanzierung ihres Fremdkapitals keine signifikante Rendite erzielen müssen. Das senkt das Produktivitätswachstum und damit ganz direkt auch das Reallohnwachstum in einer Wirtschaft. Davon betroffen sind logischerweise die Arbeitnehmer, und nicht so sehr die «Kapitalisten», die ihr Vermögen in Aktien oder Immobilien angelegt haben, die dank der expansiven Geldpolitik sogar grosse Wertsteigerungen erfuhren.



VICTORINOX

CONNEX

Zürich | Luzern | Genf | Andermatt | Brunnen

SHOP ONLINE AT [VICTORINOX.COM](https://www.victorinox.com)

ESTABLISHED 1884

«Die Weltwirtschaft wird von vielen für einen Kuchen gehalten, der irgendwie gegeben ist. Dieser Kuchen ist aber nicht gegeben: Er wird immer grösser, daran backen immer mehr mit und immer mehr haben auch etwas davon.»

Branko Milanović

Ich kenne das Argument. Es zielt darauf ab, dass von hohen Preisen für Vermögenswerte nur Menschen profitieren, die sie eben schon besitzen. In diesem Bereich habe ich allerdings nicht geforscht, deswegen kann ich mehr dazu nicht sagen.

Die meisten europäischen Länder versuchen, Ungleichheit durch mehr Umverteilung von Wohlstand zu bekämpfen.

Warum gelingt das offenbar nicht?

Wenn man sich die Zahlen ansieht, kann man nicht sagen, dass die Sozialausgaben überall steigen: Sie sind in Wohlfahrtsstaaten mehr oder weniger auf dem gleichen Niveau wie früher, wenn Sie das jährliche Steueraufkommen oder sogar spezifisch die Sozialausgaben mit dem BIP vergleichen – mit Ausnahmen vielleicht in den grossen Krisenjahren, in denen der Staat tatsächlich eine aktivere Rolle gespielt hat. Im Grunde ist die Kurve nach 1985 flach. Die liberale Idee, den Staat zu verkleinern, um mehr produktive Kräfte freizusetzen, wurde also nicht in die Tat umgesetzt, wie links gern behauptet wird, «mehr Staat» war aber international in den letzten Jahren auch selten die Devise. Auch würde ich nicht behaupten, dass die Umverteilung wirkungslos ist: In Grossbritannien und Deutschland hat die Ungleichheit der Markteinkommen, also vor Steuern und Sozialtransfers, gleich stark zugenommen wie in den USA. Die Rolle des Staates, dem

durch Steuern und Sozialtransfers entgegenzuwirken, ist in Deutschland aber wesentlich grösser als in den USA – und wenn ich mir Deutschland oder auch die nordischen Länder anschau, würde ich nicht sagen, dass das ein Fehler ist.

Fragen wir andersherum: Stünden der Politik bessere Instrumente zur Verfügung, um die Ungleichheit innerhalb eines Landes zu verringern?

Sagen wir es so: Wer versucht, die Instrumente der 1960er Jahre wieder aus der Mottenkiste zu holen, wird keinen Erfolg haben. Die «starken Gewerkschaften» kann man nicht zurückholen, weil sich durch neue Technologien die Natur der Arbeit verändert hat. Und die Steuern in den reichen Ländern kann man auch nicht mehr erhöhen, weil die meisten Europäer keinen durchschnittlichen Steuersatz von über 50 Prozent zahlen wollen. Für sehr hohe Einkommen wären höhere Grenzsteuersätze ein Mittel, viele Grossverdiener würden dann allerdings einfach ihren Steuersitz verlagern. Hohe Kapitalsteuern gibt es aus den gleichen Gründen ebenfalls nicht mehr. Was funktioniert: bessere öffentliche Bildung. Bildung als Investment in eine Zukunft im Hochqualifikationssegment ist ein wichtiges Instrument. Aber auch dabei kann man sehr viel falsch machen. Schauen Sie nach Italien: Dort sollen Kinder statt mit 16 oder 17 Jahren ihren Schulabschluss heute mit

» weiter auf Seite 16

4. Die unterschätzten Wohlstandsboosts oder: Vom Mantra zu(m) Nirvana

Der (untere) Mittelstand unserer wohlhabenden westlichen Nationen sei Opfer der Globalisierung – diese Behauptung haben Links- wie Rechtspopulisten erfolgreich zu ihrem Mantra gemacht. Und tatsächlich könnte man behaupten: Zum ersten Mal seit langer Zeit muss eine Generation in gewissen Bereichen auf Annehmlichkeiten verzichten, von denen ihre Mütter und Väter noch profitiert haben. Allen voran: das Eigenheim. Wenn es um den Immobilienkauf geht, stehen die Millennials schlechter da als die Babyboomer. Erstens vermochte die Lohnentwicklung nicht mit dem Anstieg der Immobilienpreise mitzuhalten, was daran liegt, dass das langjährige Tiefzinsumfeld jenen, die schon ein wenig Geld auf der Seite hatten – also eben den Babyboomern –, den Eigenheimkauf geradezu aufdrängte, was die Nachfrage und damit die Immobilienpreise in die Höhe trieb. Zweitens machen genau diese Babyboomer auch keinerlei Anstalten, so zu sterben wie ihre Eltern. Das heisst: Ihr Geld wird immer später vererbt. Mit 35 und dem Erbe der Eltern mit der Familie in ein eigenes Haus ziehen? Ist nicht mehr! Zu allem Übel steht die Altersvorsorge aufgrund der grossen in Rente gehenden Babyboomerjahrgänge in vielen Ländern auf wackligen Beinen. Die Jungen füttern also die Alten durch, haben aber berechtigte Zweifel, ob sie einst in denselben Genuss grosszügiger Rentenleistungen kommen werden.

Doch gemacht. Das ist nicht die ganze Geschichte. Zunächst muss festgehalten werden, dass die Kaufkraft der Mittelstandslöhne⁵ bezogen auf einen durchschnittlichen Güterkorb innerhalb der letzten 25 Jahre gemäss Daten der Luxembourg Income Study (LIS) durchaus zugenommen hat. In den USA beispielsweise um 32 Prozent, in Deutschland um 18 und in der Schweiz um 15 Prozent.⁶ Doch wenn wir wirklich wissen wollen, wie es um die Annehmlichkeiten steht, die dem heutigen Mittelstand zugute- oder eben nicht zugutekommen, dann ist die ganze Prozentklauberei – basiere sie auf LIS-Daten oder auf Elefantenkurven – irreführend, denn sie zeichnet ein viel zu pessimistisches Bild der Lage: Der Güterkorb, der zur Berechnung der Kaufkraft der Löhne herangezogen wird, kann den technologischen Fortschritt nämlich nur unzureichend wiedergeben!

Zur Veranschaulichung: Im Güterkorb war und ist ein Mittelklasseauto ein Mittelklasseauto. In Wirklichkeit sieht das aber 2019 völlig anders aus als 1990. 1990 setzten sich langsam ABS und Airbags durch, sonst war da nichts. Heute stecken darin diverse elektronische Assistenzsysteme, Systeme zur aktiven und pas-

siven Sicherheit, der Fahrkomfort ist gestiegen, die Motorleistung hat sich fast verdoppelt, der Verbrauch fast halbiert. Auch ohne Anstieg der «Kaufkraft» kann sich ein Mitglied des Mittelstands heute also ein viel besseres Auto leisten als 1990. Dasselbe gilt sogar noch ausgeprägter für TV-Geräte (1990: klobiger Röhren-TV mit 50 cm Diagonale und 0,3 Mio. Bildpixeln – 2019: eleganter Flatscreen mit 165 cm Diagonale und 8 Mio. Bildpixeln –), für die TV-Konsummöglichkeiten (1990: lineares Fernsehen auf 15 Sendern, VHS-Kassetten – 2019: beliebige Auswahl der während der letzten 7 Tage ausgestrahlten Sendungen auf über 100 Sendern, Streamingdienste, YouTube). Vom Smartphone brauchen wir wohl gar nicht erst zu sprechen: Was man 1990 noch für Science-Fiction hielt, ist heute für jede und jeden erschwingliche Realität. Das Multifunktionsgerät ersetzt viel einzelne, teure Hard- und Software und erleichtert z.B. den günstigen Zugang zu nahezu unendlich vielen Kulturgütern. 1990 wurden alte Tonbänder von CDs abgelöst. Das Album «Nevermind» (1991) der Grunge-Band Nirvana kostete ca. CHF 20 und die meiste andere Musik aus jener Zeit war leider Schrott, kostete aber trotzdem genauso viel. Heute können Sie für CHF 12.95 im Monat bei Spotify und Co. unbeschränkt Millionen von Liedern streamen – auch die guten von damals. Last but not least: Recherche und Wissensmanagement: Stellen Sie sich vor, wie hoch 1990 die Zahlungsbereitschaft gewesen wäre, um die heutigen Recherchemöglichkeiten, also jenen unbeschränkten und barrierefreien Zugang zu Daten und Informationen, zu haben, die das Internet heute ermöglicht! Was hatten wir damals? Bibliotheken, Fotokopierer, Faxgeräte.

Mit diesen Beispielen sollte klar werden: Sogar der italienische Mittelstand – der als einziger auf dem Papier 9 Prozent an Kaufkraft verloren hat – nutzt heute ganz selbstverständlich technologische Errungenschaften, von denen 1990 sogar die obersten Einkommensprozente nicht zu träumen wagten. Das soll nicht heissen, dass es dem italienischen Mittelstand heute besser geht als den reichsten Schweizern 1990 – subjektives Wohlbefinden ist vor allem vom Abgleich von Erwartung und Wirklichkeit sowie vom Vergleich mit Zeitgenossen abhängig –, aber es zeigt doch deutlich, dass die blossе Kaufkraftbetrachtung nur unzureichend wiedergibt, in welchem Ausmass technologische Innovation – und damit indirekt auch die Globalisierung – den allermeisten von uns zugutekommt und Ungleichheit in gewissem Masse nivelliert, ohne dass das in den Vermögens- und Einkommenszahlen sichtbar wäre.

«Heute ist oft
generalisierend von
«zunehmender
globaler
Ungleichheit» die
Rede, obwohl
sie eigentlich in
vielen Bereichen
stark abnimmt.»

Branko Milanović

14 Jahren machen, damit sie «früher ins Erwerbsleben eintreten» können. Klingt nett, aber erstens erhalten Sie auf diesem Weg nicht mehr Hochqualifizierte und zweitens gibt es für die ganzen jungen Schulabgänger auch kaum Arbeitsplätze.

Wenn Sie die Politik eines entwickelten Landes für einen Tag bestimmen könnten, was würden Sie ändern?

(Überlegt) Ich würde zweierlei veranlassen: Eine andere Umverteilung vornehmlich durch hohe Erbschaftssteuern, weil akkumuliertes Vermögen einer der Faktoren ist, die die Ungleichheit über Generationen hinweg zementieren. Allerdings bin ich auch der festen Überzeugung, dass wirtschaftliches Wachstum und ein es begünstigendes Umfeld wesentlich sind, und zwar vor allem für arme Länder: Denen kann es nur besser gehen, wenn ihre Wirtschaft wächst.

Viele Liberale würden die Forderung nach einer Erbschaftssteuer wohl nicht aus Verteilungsgerechtigkeits-, sondern aus meritokratischen Produktivitäts- und Anreizgründen unterstützen, wenn gleichzeitig die vielen Doppelbesteuerungen wegfielen. Bei Ihrer Verteidigung des Wachstums kommen wir aber zu einem zentralen Punkt in der Ungleichheitsdebatte: Viele Menschen scheinen die Weltwirtschaft und die damit einhergehenden Verteilungsungleichgewichte fälschlicherweise für eine Art Nullsummenspiel zu halten:

5. Die politische Instrumentalisierung der Ungleichheit

«Our economy is broken, with hundreds of millions of people living in extreme poverty while huge rewards go to those at the very top», steht im neuen Oxfam-Bericht. Das Narrativ der «Superreichen» und der «Multis», die auf Kosten der Ärmsten ihre Bankkonten füllen, ist längst zum «Passepartout»-Door-Opener immer neuer sozialpolitischer Forderungen einer Fülle von NGOs, Parteien und Wählergruppen geworden. Dabei werden verschiedenste Ungleichheiten und damit angeblich verbundene Ungerechtigkeiten⁷ munter in einen Topf geworfen.

Kein Wunder, sind immer weniger Menschen bereit zu akzeptieren, dass eine freie Gesellschaft untrennbar mit gewissen Ungleichheiten verbunden ist. Das heisst nicht, dass wirtschaftliche, soziale oder sonstige Ungerechtigkeiten einfach hinzunehmen wären – im Gegenteil: Die Gerechtigkeitslehre hat in der liberalen Tradition einen prominenten Platz, aber im Hinblick auf menschliche Rechte, nicht auf ihre Einkommen und Vermögen. Wie auch? Wenn wir davon ausgehen, dass jedes Individuum unabhängig von seinem Geschlecht, seiner sozialen oder ethnischen Herkunft eigenständig, wertvoll, zu respektieren und zu achten ist, also mit denselben Rechten und Pflichten ausgestattet und damit auch in der Lage sein soll, sein Leben selbstverantwortlich zu führen, so können wir nicht erwarten, dass der Output am Schluss bei allen derselbe ist – oder durch irgendeine Macht der Welt ohne triftigen Grund *gleichgemacht* würde.

Implizit zu behaupten, etwas sei unverdient, wie das etwa die Jahresberichte von Oxfam tun, «ausser es gebe eine gute Rechtfertigung dafür, ist nicht weniger willkürlich, als zu behaupten, etwas sei verdient, ausser es gebe einen guten Grund dagegen», schrieb der liberale Philosoph Anthony de Jasay⁸. Und ergänzt: «Eine Vielzahl der die soziale Gerechtigkeit umgebenden doktrinen Ungereimtheiten sind einem mangelhaften Verständnis des Gleichheitskonzepts zuzuschreiben. Komplexe Gleichheiten, die Verteilungen erklären, werden ignoriert, beiseitegewischt oder zu Ungleichheiten erklärt. Da sich die soziale Gerechtigkeit auf keine allgemein akzeptierte, klare Norm stützen kann, ist sie dazu verdammt, konstruierte Ungerechtigkeiten ins Feld zu führen, um dann für sie Abhilfe durch Umverteilung zu verlangen.»

Was jemand gewinnt, muss ein anderer verloren haben. Auf dieses Narrativ setzen auch Oxfam und Co. – müssen wir in der Bildung nicht vor allem das ökonomische Verständnis fördern?

Das halte ich für eine sehr gute Idee! Es stimmt, dass die Weltwirtschaft von vielen gemeinhin für einen Kuchen gehalten wird, der irgendwie gegeben ist. Dieser Kuchen ist aber nicht gegeben: Er wird immer grösser, daran backen immer mehr mit und immer mehr haben auch etwas davon. Warum reden wir denn heute über China? Weil das Land ein unglaubliches Wachstum hingelegt hat! Ich weiss nicht, in welcher Welt Menschen leben, die sagen, wir sollten kein Wachstum mehr haben. Wenn sie das wirklich glaubten, müssten sie eine Rezession begrüßen, denn das bedeutet ja in dieser simplen Narration auch «weniger Umweltverschmutzung» durch weniger Wachstum und damit «mehr Nachhaltigkeit». Aber das ist absolut falsch!

In einem Essay für unsere Zeitschrift schrieb der Historiker Walter Scheidel Ende 2017⁹, «zuverlässig» im Hinblick auf die Nivellierung der Wohlstandsverhältnisse seien nur die «vier apokalyptischen Reiter» der Menschheitsgeschichte: grosse Kriege, Revolutionen, kollabierende Staaten und tödliche Pandemien. Was Scheidel nicht sagt: ausbleibendes Wachstum kann schnell zu den ersten dreien führen oder?

Selbst für objektiv reiche Länder wie die Schweiz wird es tatsächlich sofort problematisch, wenn sie nur noch um 0,1 Prozent zulegen. Ich bin also absolut für Wachstum. Wenn ich wählen müsste, hielte ich es aber für wichtiger, dass es in Afrika stattfindet als in der Schweiz oder in Schweden – aber wichtig ist es für alle Länder.

Afrika ist ein gutes Stichwort, denn auf diesem Kontinent lebt ein Grossteil jener, deren Vermögen und Einkommen stagnieren oder sogar zurückgehen. Ein erhebliches Wirtschaftswachstum von Afrika würde die globale Vermögens- und Einkommensungleichheit stark verringern. Abschlussfrage: Wann ist es so weit?

Afrikas Entwicklung ist eine Blackbox. Der Kontinent hat sich uns, was die Einkommen betrifft, nicht angenähert. Das mittlere BIP der 28 EU-Länder beträgt pro Kopf 36 000 Dollar. Für die wohl 49 Staaten in Subsahara-Afrika erhält man im Schnitt pro Kopf 3600 Dollar – das Verhältnis liegt kaufkraftbereinigt also bei 10 zu 1. In den 1960er Jahren war es 6 zu 1, stieg danach auf 14 zu 1, um dann aufgrund der Stagnation in Europa und des anhaltend langsamen Wachstums in Afrika wieder zu sinken. Afrika bräuchte Jahrzehnte enormen Wirtschaftswachstums, damit angesichts des Bevölkerungswachstums auch die Pro-Kopf-Einkommen fundamental steigen würden. Es wäre schön, wenn Afrika das Asien des 21. Jahrhunderts würde. Aber wenn nicht, haben wir ein grosses Problem, nein drei: eine wachsende Zahl von Armen, mehr Armutsmigration und auch mehr Ungleichheit. ◀

Das Gespräch mit Branko Milanović fand anlässlich des diesjährigen Think Tank Summit von Avenir Suisse am Flughafen Zürich statt.

Branko Milanović

ist serbisch-US-amerikanischer Ökonom. Er arbeitete als Chefökonom in der Forschungsabteilung der Weltbank und ist seit 2014 als Dozent am City University of New York Graduate Center tätig. Zuletzt von ihm erschienen: «Die ungleiche Welt. Migration, das eine Prozent und die Zukunft der Mittelschicht» (Suhrkamp, 2016). Ende 2019 erscheint sein neues Buch «Capitalism, alone», in dem er sich mit dem Paradox eines auf Konkurrenz basierenden Wirtschaftssystems ohne Konkurrenz – der Kapitalismus nach dem Ende des Sozialismus – beschäftigt.

Michael Wiederstein

ist Chefredaktor dieser Zeitschrift.

Lukas Rühli

ist Redaktor dieser Zeitschrift.

¹ So Jörn Kalinski, der deutsche Kampagnenleiter von Oxfam, in einer Pressemitteilung: www.oxfam.de/presse/pressemitteilungen/2019-01-21-superreiche-gewinnen-25-milliarden-dollar-pro-tag-haelfte

² Branko Milanović: *Global Inequality: A New Approach for the Age of Globalization*. Harvard University Press, 2016.

³ Christoph Lakner und Branko Milanović: *Global Income Distribution: From the Fall of the Berlin Wall to the Great Recession*. The World Bank Economic Review, August 12, 2015. www.gc.cuny.edu/CUNY_GC/media/LISCenter/brankoData/wber_final.pdf

⁴ Die Kurve blieb entsprechend nicht ohne Kritik. Zum Beispiel zeigte die britische Resolution Foundation, dass das Wachstum bei einem konstanten Satz an untersuchten Ländern durchgehend etwas höher wäre und dass das stärkere Bevölkerungswachstum armer Länder die Kurve deutlich nach unten verzerrt – besonders zwischen dem 50. bis 80. Perzentil. Vor allem will sie erkannt haben, dass ein wesentlicher Teil des Einbruchs um das 80. Perzentil nicht durch dar-bende Mittelschichten in den westlichen Industrieländern zustande kam, sondern Resultat der 20jährigen Stagnation Japans und eines Rückfalls breiter Einkommensschichten ehemaliger Ostblockländer ist. Tatsächlich hatte gemäss den Berechnungen aber auch die untere Mittelschicht der USA bloss ein schwaches – wenn auch nicht 0 – Einkommenswachstum.

⁵ Definiert als Medianeinkommen: 50 Prozent der Haushalte haben ein höheres Einkommen als das Medianeinkommen, die anderen 50 Prozent ein tieferes.

⁶ Die von der LIS abgerufenen Daten sind nominelle Werte in lokaler Währung. Die hier zitierten Prozentwerte basieren auf der Umrechnung in internationale 2011-USD mittels der Angaben des IWF zu nominellem BIP und KKP-BIP. Zeiträume: USA 1991–2016, Deutschland 1991–2015, Schweiz 1992–2013.

⁷ Vgl. Mark Sheshkin: *Unfaire Gleichheit, faire Ungleichheit*. In: Schweizer Monat 1051, November 2017. Web: schweizermonat.ch/unfaire-gleichheit-faire-ungleichheit/

⁸ Web: schweizermonat.ch/jedem-das-seine/

⁹ Web: schweizermonat.ch/die-vier-apokalyptischen-reiter-der-nivellierung/